

daher eine gute Möglichkeit, den Charakter unserer Demokratie anschaulich darzulegen. Welcher kapitalistische Staat könnte es sich leisten, daß die Abgeordneten vom Volke benannt werden? Wenn das Volk wirklich zu bestimmen hätte, dann wären nie solche Leute wie Prinz Hubertus zu Löwenstein, Nazi-bankier Pferdmeiges oder Hitlergeneral Manteuffel durch diverse Hintertüren in den Bundestag gekommen. In der Deutschen Demokratischen Republik aber werden — weil die Volksvertretungen die höchsten staatlichen Organe in ihrem Tätigkeitsbereich sind — die besten Arbeiter, Bauern, Angehörigen der Intelligenz von der Bevölkerung eingehend überprüft und in die Parlamente gewählt. Weder der Titel noch der Geldbeutel entscheiden, sondern die Arbeit des Kandidaten für das Volk.

In unserer Republik ist in den Volksvertretungen die Einheit von Beschlußfassung und Durchführung gesichert. Die Volksvertretungen kontrollieren die Mitarbeiter des Staatsapparates. In Westdeutschland jedoch beherrscht eine kleine Gruppe von Rüstungsmillionären die Regierung, die ihrerseits oft weder den Bundestag noch andere Parlamente fragt, wenn schwerwiegende Entscheidungen zu treffen sind. Nicht die Parlamente machen die Gesetze, diese werden von den 150 Multimillionären in trauter Gemeinsamkeit mit amerikanischen „Experten“ ausgeklügelt. Sie stationieren Atomwaffen auf deutschem Boden, ohne nach der Meinung des Volkes zu fragen. Sie stellen die alten Rückzugsgenerale der Nazis an die Spitze der Armee und unterdrücken brutal jede Kritik. Bei uns dagegen üben die Arbeiter und Bauern die Macht aus als Volksvertreter und darüber hinaus durch die Teilnahme breiterer Schichten von Werktätigen an der Lösung der staatlichen Aufgaben. Alle Parteien und Organisationen, alle Kreise der Bevölkerung unterstützen in der Nationalen Front, dieser großen Bewegung aller deutschen Patrioten, die Volksvertretungen in der Ausübung der Macht. Das Wesen der kapitalistischen Ordnung jedoch besteht gerade darin, die Werktätigen von der Lenkung des Staates fernzuhalten.

Die DDR kann ihre Rolle als Bastion des Friedens in Deutschland nur in Ehren erfüllen, wenn die Arbeiter-und-Bauern-Macht mehr und mehr gefestigt wird. Unsere Genossen müssen daher überall als bewußte Exponenten des Arbeiter-und-Bauern-Staates auftreten. Die Bevölkerung will von ihnen wissen, wie sie sich noch umfassender an der Arbeit der örtlichen Staatsorgane beteiligen, wie in den einzelnen Gemeinden das sozialistische Aufbauwerk noch schneller durchgeführt werden kann. Während der Wahlkampagne ist es deshalb notwendig zu überprüfen, wie die Kreiswirtschaftspläne erfüllt wurden und wie sie durchgeführt werden. Es gilt zu zeigen, welche Ergebnisse das Nationale Aufbauwerk brachte, was sich auf dem Gebiete des Wohnungsbaues änderte, wie die Kommunalbetriebe für die bessere Versorgung der Bevölkerung arbeiten, wie die Produktion der örtlichen Wirtschaft wächst, mit welchen Mitteln die landwirtschaftlichen Erträge erhöht werden und welche Hilfe die zurückgebliebenen Wirtschaften erhalten.

Es ergibt sich von selbst die wichtige Aufgabe unserer Agitation, den Unterschied zwischen der Kommunalpolitik in der DDR und in Westdeutschland zu zeigen. Während die Politik unserer Partei und der Regierung darauf gerichtet ist, daß in unseren Gemeinden ein neues, schöneres Leben einzieht, wird im Bonner Staat die Kommunalpolitik immer mehr den Kriegsplänen der NATO untergeordnet. Das beweisen die ständig zunehmenden Verschuldungen der